

S t a d t H a a n

Niederschrift über die

12. Sitzung des Ausschusses für Soziales, Integration und Generationen der Stadt Haan

am Dienstag, dem 12.09.2023 um 17:01 Uhr
im Sitzungssaal der Stadt Haan

Beginn:
17:01

Ende:
19:39

Vorsitz

Stv. Bernd Stracke

CDU-Fraktion

AM Robert Abel
Stv. Annette Braun-Kohl
Stv. Annette Leonhardt
Stv. Klaus Mentrop
AM Henrik Radtke

Vertretung für AM Johannes Woike
bis TOP 2

ab TOP 3

SPD-Fraktion

AM Dr. Frederike Dickmans
Stv. Marion Klaus
AM Ulrich Klaus

Vertretung für AM Michael Petersen
Vertretung für Stv. Martin Haesen
Vertretung für Stv. Simone Kunkel-Grätz

WLH-Fraktion

Stv. Meike Lukat
Stv. Nadine Lütz
AM Dieter Terjung

GAL-Fraktion

AM Lucio Dröttboom
Stv. Elke Zerhusen-Elker

Vertretung für Stv. Tabea Haberpursch

FDP-Fraktion

AM Dirk Raabe

Schriftführung

VA Fabian Beyer

Vertreter des Seniorenbeirates

Herr Karlo Sattler

Behindertenbeauftragte/r

AM Dieter Smolka

1. Beigeordnete

1. Beigeordnete Annette Herz

Verwaltung

VA Michael Schneider
StAR'in Christine Kadach

Personalrat

VA Carsten Butz
VA Nicole Krengel

Gäste

Herr Dr. Rolf Brockmeyer
Stv. Nicola Günther
Frau Krisztina Kielbassa
Frau Nadine Miertsch
Herr Friedemann Schade
Herr Kai Siekkötter

Der Vorsitzende Bernd Stracke eröffnet um 17:01 Uhr die 12. Sitzung des Ausschusses für Soziales, Integration und Generationen der Stadt Haan. Er begrüßt alle Anwesenden - insbesondere die Vertreter des Krankenhauses Haan und die Gäste - und stellt fest, dass ordnungsgemäß zu der Sitzung eingeladen wurde. Er stellt die Beschlussfähigkeit fest.

Öffentliche Sitzung

1./ Befangenheitsmeldungen

Protokoll:

Es liegen keine Befangenheitsmeldungen vor.

2./ Zukunft des Haaner-St. Josefs-Krankenhauses - hier: Antrag der CDU-Fraktion vom 12.09.23

Protokoll:

Stv. Lukat wünscht sich für die WLH-Fraktion, dass die Gäste der kplus-Gruppe darlegen, welche Möglichkeiten Rat und Verwaltung hätten, um die drohende Schließung des Haaner Krankenhauses zu verhindern.

Stv. Klaus fragt für die SPD-Fraktion vorab, warum man die Haaner Bevölkerung mit dieser Mitteilung derart überraschend konfrontiert habe.

Der Vorsitzende, **Stv. Stracke**, schickt vorweg, dieses Gremium sei kein Gesundheitsausschuss. Zudem handele es sich bei kplus um einen kirchlichen Träger, auf dessen Entscheidungen man als Ratsausschuss keinen Einfluss habe.

Hr. **Schade** stellt sich im Folgenden als gerichtlich bestellter Rechtsanwalt der kplus-Gruppe vor. Die wirtschaftlichen Schwierigkeiten der kplus-Gruppe hätten verpflichtend einen Insolvenzantrag zur Folge gehabt, aus welchem ein gerichtlich angeordnetes Eigenverwaltungsverfahren erwachsen sei. Die entstandenen Verbindlichkeiten müssten entweder getilgt oder erlassen und ein neuer Träger gefunden werden. Der Krankenhausstandort in Haan könne nur erhalten werden, wenn sich aus den maßgeblichen Kennzahlen mindestens eine schwarze Null errechnen lasse.

Hr. **Siekkötter** führt aus, die Inflationsentwicklung, Kostensteigerungen (vor allem Energiekosten) und die Tarifentwicklung hätten zur finanziellen Schieflage der kplus-Gruppe geführt. Insgesamt sei festzustellen, dass das Finanzierungssystem Krankenhaus nicht ausreichend funktioniere. Neben den 65 % Personalkosten seien es die s.g. Vorhaltekosten, die nicht über das gültige Pauschal-System refinanziert würden. Mit den Standorten Solingen-Ohligs, Hilden und Haan betreibe man drei Häuser

innerhalb einer Luftlinie von 5 km, für die jeweils Vorhaltekosten zu tragen seien. Das Konzept zur Eigensanierung habe die Auflösung der Klinik in Solingen-Ohligs und die Verlagerung der sog. „Stroke Unit“ zur Versorgung von Schlaganfallpatienten nach Hilden vorgesehen. Nun sei es überraschend zu der Situation gekommen, dass der Chefarzt der Stroke Unit der Lukas-Klinik mit komplettem Team entgegen vorherigen Beteuerungen doch zum Klinikum Solingen gewechselt sei. Dafür zeichne nicht zuletzt eine fehlerhafte mediale Berichterstattung verantwortlich. Ohne Fachärzte und eingespieltes Pflegepersonal könne die Stroke Unit aber nicht in Hilden betrieben werden und sei das gesamte Sanierungskonzept für die verbleibenden Kliniken der Kplus-Gruppe in Hilden und Haan in Gefahr. Man arbeite an einem Ersatzkonzept für das Haaner Krankenhaus. Zum jetzigen Zeitpunkt könne er aber keine Bestandsgarantie für die stationäre Behandlung in Haan geben.

Stv. Braun-Kohl möchte für die CDU-Fraktion wissen, ob die neben der Stroke Unit in der Lukas-Klinik bestehenden Abteilungen nach Haan kämen. Darüber hinaus beweise das ev. Krankenhaus Mettmann mehr Mut beim neuen Aufbau einer Stroke Unit.

Hr. Siekkötter legt dar, es existiere ein Verdrängungswettbewerb unter den Krankenhaus-Trägern, der inzwischen um medizinische Fachkräfte und nicht mehr um Patienten geführt werde. Die entstandenen Schwierigkeiten lägen nicht nur an der Stroke Unit, insgesamt gebe es insbesondere in der Rheinschiene eine stationäre Überversorgung.

Hr. Sattler fragt, wie konkret die Politik helfen könne, das Krankenhaus in Haan und die gerade installierte Pflegekette, die nach der Entlassung greife, in der demografisch ältesten Kreisstadt zu erhalten.

Hr. Siekkötter macht deutlich, dass es sich bei den Personal- und Sachkosten um eine Bundes- und nicht eine Länderfinanzierung handele. Die Länder seien für die Investitionskosten im Krankenhausbereich zuständig. Es gebe ein strukturelles Finanzierungsproblem.

Stv. Lukat erwidert, ein Besuch auf der Feuerwehrkreisleitstelle vermittele eine gegenteilige Ansicht, nämlich dass keine stationäre Überversorgung vorliege.

Hr. Siekkötter entgegnet, der Kreis Mettmann sei einer der größten Landkreise Deutschlands, in dem alle Krankenhäuser recht weit auseinstünden (vor allem im Nordkreis).

Nach der Verabschiedung der Gäste schlägt **Stv. Braun-Kohl** vor, sich am 20.9.2023 an der Protestaktion für eine auskömmliche Finanzierung der Krankenhäuser zu beteiligen und eine Rats-Resolution abzufassen.

Der Vorsitzende, **Stv. Stracke**, empfiehlt, den Resolutionsantrag zum kommenden Rat vorzulegen, erst nach den heutigen Informationen könnten sich die Fraktionen sachkundig beraten.

Stv. Braun-Kohl vertritt dennoch die Auffassung, die Bereitschaft des SIGA zu einer Resolution sei ein wichtiges Signal an die Bevölkerung.

Stv. Lukat möchte keine unbekannte Resolution auf Vorrat befürworten.

3./ Bericht des Seniorenbeirates

Protokoll:

Hr. Sattler berichtet über die wegen Einsturzgefahr einer nahen Häuserfassade nicht mehr benutzbare City-Toilette. Die Open Air-Sprechstunden des Seniorenbeirates seien im Berichtszeitraum gut angenommen worden.

Das Senioren-Kirmes-Kaffeetrinken, früher eine gemeinsame Veranstaltung von Ordnungsamt und Seniorenbeirat, leide in der Organisation unter dem Rückzug des Ordnungsamtes. Das Seniorenbüro sei in die alleinige Verantwortung gehoben worden. Der Seniorenbeirat behalte sich im Falle eines nicht befriedigenden organisatorischen Ablaufes vor, sich hier künftig nicht mehr beteiligen. Er bitte die Fraktionen um Rückmeldung, wer an diesem Tag beim Servieren von Kaffee und Kuchen helfen könne. Schließlich weist er darauf hin, dass sich die Kreis-Seniorenbeiräte im November in Haan treffen werden.

Beschluss:

Der Bericht des Seniorenbeirates wird zur Kenntnis genommen.

Abstimmungsergebnis:

einvernehmlich

4./ Berichtswesen Taschengeldbörse

Protokoll:

Fr. Kielbassa erläutert, im Gegensatz zur in der Pandemie aufgelösten und ursprünglich als Vorbild dienenden Hildener Taschengeldbörse habe sich die Haaner Taschengeldbörse zu einer Erfolgsgeschichte entwickelt. Es gebe insbesondere in diesem Jahr enorme Steigerungen sowohl bei Arbeitssuchenden (Jobber), Arbeitsanbietern und vermittelten Arbeiten. Sie legt Aufgabenbereiche der Jobber, Rückmeldungen der Jobanbieter, die vielfältigen Kooperationen und ihre Aufgaben als Koordinatorin umfassend dar (Anlage 1). Sie empfehle eine Erhöhung der Mindestvergütung von 5 € auf 8 € und bedankt sich bei Jugendparlament und Seniorenbeirat für die vertrauensvolle Zusammenarbeit.

Stv. Leonhardt fragt für die CDU-Fraktion, ob die Haaner Jobber auch in Gruiten tätig seien.

Fr. Kielbassa erklärt, die meisten Jobber würden in Haan wohnen und besäßen keinen Führerschein. Daher sei ihr Aufwand für Jobs in Gruiten ungleich größer. Durch die Initiative von Romy Becker hätten sich aber nun erste Waldorf-Schüler als Jobber gemeldet und könnten das Quartier Gruiten bedienen.

Hr. Sattler fügt an, das Jugendparlament verteile die Flyer in den Schulen. Ohne eine Koordinatorin wie Fr. Kielbassa hätte die Taschengeldbörse die Pandemie nicht überstanden.

Beschluss:

Der Bericht zur Taschengeldbörse wird zur Kenntnis genommen.

Abstimmungsergebnis:

einvernehmlich

**5./ Bericht über die Seniorengerechte Quartiersentwicklung
Vorlage: 50/022/2019/14**

Protokoll:

Hr. Sattler berichtet von der Eröffnung der Mitfahrbank in Gruiten auf der Strecke zwischen dem Parkplatz supernah und der Prälat-Marschall-/Ecke Kalkstr. Nach vielen Irrungen habe dieses Projekt umgesetzt werden können und es sei eigens ein sehr anschaulicher Flyer hierzu entwickelt worden. Die Nutzung der Bank lasse allerdings noch zu wünschen übrig, so dass in den nächsten Monaten erneut Werbung gemacht werden müsse. Die zu diesem Zweck aufgestellten Bänke seien aber gut angenommen worden. Bei beiden Runden Tischen habe man sich mit der Frage beschäftigt, wie ein Fortbestehen der Runden Tische nach dem Auslauf der eingekauften Moderation ab 1.1.25 ablaufen könne. Ansonsten verweise er auf die Vorlage.

Beschluss:

Der Sachstandsbericht wird zur Kenntnis genommen.

Abstimmungsergebnis:

einvernehmlich

6./ Bericht der Behindertenbeauftragten

Protokoll:

Hr. Smolka stellt ausführlich seinen Bericht vor. Hierzu wird auf die vorab schriftlich vorgelegte Drucksache verwiesen.

Abschließend bittet er alle Beteiligten, alles zu unternehmen, um das Haaner Krankenhaus zu erhalten.

Beschluss:

Der Bericht der ehrenamtlichen Behindertenbeauftragten wird zur Kenntnis genommen.

Abstimmungsergebnis:

einvernehmlich

7./ Betriebskostenzuschuss für den Betrieb der Tafel Haan - hier: Antrag des SKFM Haan vom 31.08.23 (verfristeter Eingang)

Protokoll:

Bgo. Herz erklärt, diese beiden verfristeten Anträge seien ohne erläuternden bzw. überprüfbaren Wirtschaftsplan seitens des SKFM Haan vorgelegt worden. Die beantragten Mittel seien für das laufende Haushaltsjahr nicht eingeplant.

Stv. Lukat zeigt sich trotz der mehrfach erfolgten Rücksprachen mit dem SKFM Haan enttäuscht über den verfristeten Eingang und den fehlenden Wirtschaftsplan. Dies finde sie angesichts der mit Herzblut tätigen Ehrenamtlichen und der Wichtigkeit für die Bedürftigen sehr schade. Schwierig finde sie auch, dass der exakt gleiche Betrag in einem Antrag des SKFM Haan aus dem Jahr 2021 stehe. Im Sinne der Gleichberechtigung gegenüber anderen Antragstellern, die ihre Bedarfe regelmäßig über Wirtschaftspläne nachweisen, könne die WLH-Fraktion kein positives Votum hierzu fällen.

Auch Vertreter von CDU- und SPD-Fraktion vertreten diese Auffassung.

Der Vorsitzende, **Stv. Stracke**, erklärt, mehrfach mit Hr. Gering in dieser Sache gesprochen zu haben. Er empfinde diese Art der Antragstellung als mangelnde Wertschätzung gegenüber dem SIGA und empfiehlt, die Verwaltung möge den SKFM Haan bitten, diese Anträge (auch TOP 8) unter Vorlage von Wirtschaftsplänen für das Haushaltsjahr 2024 zu stellen.

Beschluss:

Der Antrag des SKFM Haan auf Betriebskostenzuschuss für den Betrieb der Tafel Haan wird bis zur Vorlage eines aussagekräftigen Wirtschaftsplans zurückgestellt.

Abstimmungsergebnis:

einvernehmlich

**8./ Zuschuss für die Lebenskrisenambulanz des SFKM Haan
- hier: Antrag des SKFM Haan vom 31.08.23 (verfristeter Eingang)**

Protokoll:

siehe Diskussion zu TOP 7

Beschluss:

Der Antrag des SKFM Haan auf Zuschuss für die Lebenskrisenambulanz wird bis zur Vorlage eines aussagekräftigen Wirtschaftsplans zurückgestellt.

Abstimmungsergebnis:

einvernehmlich

**9./ Bericht des Sozial- und Integrationsmanagements (SIM) für das 1. Halbjahr
2023
Vorlage: 50/028/2023**

Protokoll:

Fr. Kadach verweist auf ihren vorab veröffentlichten schriftlichen Bericht.

Stv. Lukat erkennt in diesem Bericht die Schwierigkeit, in Haan die soziale Balance zu halten. Zu den Haushaltsberatungen wünsche sie sich ein Feedback, wie dies zu bewerkstelligen sei.

VA Schneider berichtet, im Land liefen die Erstaufnahmeeinrichtungen für Flüchtlinge wieder voll, Haan erhalte jede Woche neue Zuweisungen. Eine Integration dieser Menschen setze Schul- und Kita-Plätze für deren Kinder voraus, die wir in Haan langsam aber sicher nicht mehr zur Verfügung hätten. Eine gute Integration der Flüchtlinge sei bald nicht mehr grundsätzlich zu gewährleisten.

Auch der Vorsitzende, **Stv. Stracke**, mahnt, alle Kommunen gleichmäßig zu belasten.

Beschluss:

Der SIGA nimmt den Bericht zur Tätigkeit des städtischen Sozial- und Integrationsmanagements für das erste Halbjahr 2023 zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis:

13 Ja-Stimmen bei 1 Enthaltung

10./ Einführung eines Sozial-Passes - hier: Antrag der SPD-Fraktion vom 07.08.23 (erstmalige Beratung)

Protokoll:

Stv. Klaus möchte wissen, ob der Sozialpass auch im Rahmen des Stärkungspakts NRW verwendet werden könne.

Bgo. Herz betont, die Verwaltung begrüße den Antrag der SPD-Fraktion, Haan stelle in dieser Thematik einen weißen Fleck im Kreis dar. Die Vorbereitungen für die Einführung eines Sozialpasses lägen in der Stelle des/der neuen Sozialplaners/-in, die jedoch leider noch nicht habe besetzt werden können. Zwar sehe sie hier Probleme durch erforderliche Haushaltskonsolidierung, jedoch könnten die vorbereitenden Tätigkeiten bereits vorgenommen werden.

VA Schneider erläutert, Anträge für den Stärkungspakt NRW könnten bis einschließlich 31.12.23 gestellt werden, eine Verlängerung sei bislang vom Land NRW nicht vorgesehen. Die Leistungen des Stärkungspaktes seien zweckgebunden für den Bereich Krisenprävention, den er beim Sozialpass nicht erkennen könne.

Stv. Lukat schlägt vor, den Antrag zurückzustellen. Er solle zur Abstimmung gestellt werden, sobald der Sozialplaner eingestellt sei. Zu den Haushaltsberatungen wünsche sich die WLH-Fraktion eine Auskunft über den vermutlichen Verwaltungsaufwand, den erforderlichen Einsatz welcher finanzieller Mittel und die Nennung einer finanziellen Grenze für diese Maßnahme. Außerdem bittet sie darum, dass der Antragsteller die Einkommensgrenzen konkretisiert. Sie frage sich, ob es wirklich beabsichtigt sei, dass Menschen in den Genuss des Sozialpasses kämen, welche über Einkommen verfügten, das vier- bis fünffach höher sei, als der Regelsatz.

Beschluss:

Der vorliegende Antrag wird konkretisiert und im nächsten SIGA beraten.

Abstimmungsergebnis:

einvernehmlich

11./ Gebührensatzung städtische Unterkünfte
Vorlage: 50/027/2023

Protokoll:

VA Schneider erläutert die Vorlage. Die erstellte Kalkulation berücksichtige erstmals die Belange von Flüchtlingen und Kostendeckung in gleichem Maße, da auch der jeweilige Gebäudezustand der Unterkunft berücksichtigt werde. Das Prinzip sei, dass derjenige, der arbeite, nicht das komplette Einkommen für die Nutzungsgebühren ausgeben müsse und somit einen Anreiz für die Beibehaltung der Arbeitstätigkeit erhalte. Von der Pro-Kopf-Berechnung habe man auf die qm-Berechnung umgestellt. Mit Ausnahme der Unterkunft Dellerstr. handele es sich dennoch nur um leichte Gebührenänderungen. In der Dellerstr. seien die Kosten u.a. wegen nur eines vorhandenen Zählers nicht aufspaltbar. Ein weiterer Grundsatz sei, dass die Gemeinschaftsunterkunft günstiger sein müsse als eine wohnungsähnliche Unterbringung.

Auf Nachfrage des Vorsitzenden **Stv. Stracke** erläutert **VA Schneider**, mit dem morgigen Tage werde er die Gebührensatzung dem RPA vorlegen. Dieses werde nur die Kalkulation, nicht aber die Satzung prüfen und nur Empfehlungen aussprechen.

Beschluss:

1. Der SIGA empfiehlt dem Rat der Stadt Haan unter dem Vorbehalt des Prüfungsergebnisses des Rechnungsprüfungsamtes die Gebührenkalkulation der Unterkunftsgebühren für die Unterkünfte für ausländische Flüchtlinge, Obdachlose und Spätaussiedler gemäß der Anlagen 1 a) bis 1c) für den Zeitraum vom 01.01.2024 bis 31.12.2026 zu beschließen.
2. Der SIGA empfiehlt dem Rat der Stadt Haan die Satzung der Stadt Haan über die Errichtung, Unterhaltung und Benutzung der Unterkünfte für Flüchtlinge, Obdachlose und Spätaussiedler (Übergangwohnheime und Einzelwohnungen in Wohngebäuden) vom 11.07.2017 mit dem anliegenden Gebührenverzeichnis (Anlagen 2 und 2a) in der Fassung der Satzung vom 25.07.2023 unter dem Vorbehalt der Zustimmung des Rechnungsprüfungsamtes zu beschließen.

Abstimmungsergebnis:

13 Ja-Stimmen bei 1 Enthaltung

12./ Sachstand Stärkungspakt NRW

Vorlage: 50/024/2023/1

Protokoll:

Stv. Leonhardt zeigt sich hocheifrig darüber, dass das Land eingelenkt habe und Möglichkeiten des Einsatzes der Mittel gefunden werden konnten. Sie fragt, ob der Mitteleinsatz für den Verein „Du-ich-wir“ noch in diesem Jahr realistisch sei, zudem erscheine ihr die Summe für den Tausch der Weißware recht hoch.

AL Schneider erläutert, dass die Mittel aus dem Stärkungspakt dem Verein Du-Ich-Wir sehr zeitnah zugehen würden. Gleiches gelte im Hinblick auf den Caritasverband im Kreis Mettmann. Der Zuschuss werde zeitnah ausgezahlt.

Die Kosten für den Austausch der Weißware ergäben sich u.a. aus dem Umstand, dass derzeit viele Städte und Gemeinden Weißware finanzierten und die Händler die Preise entsprechend anpassten. Die Verwaltung habe keinen Einfluss auf die Preise, da der Caritasverband im Kreis Mettmann mit einem vom Verband ausgesuchten Händler kooperiere.

Beschluss:

Der SIGA nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis:

einvernehmlich

13./ Beantwortung von Anfragen

Protokoll:

Es liegen keine Anfragen vor.

14./ Mitteilungen

Protokoll:

Die Mitteilung der Verwaltung wird zur Kenntnis genommen. Ansonsten liegen keine weiteren Mitteilungen vor.